

Antragsbereich U / **Antrag U3**

AntragstellerInnen: Jusos Oberpfalz

Empfänger: Bundesparteitag

Bundestagsfraktion Landeskonzferenz

Landesparteitag Landesvorstand

Landtagsfraktion S&D-Fraktion im EP

SPE-Kongress Bundeskonferenz

U3: Rohstoff Plastik nachhaltig nutzen!

Polymere sind faszinierend vielseitige Stoffe. Durch Anlagerung chemischer Gruppen können

ihre Eigenschaften bis ins kleinste Detail angepasst werden. Für unzählige Anwendungen kann

somit genau jenes Material geschaffen werden, welches benötigt wird. Diese Vielseitigkeit

führte aber auch dazu, dass für unzählige Zwecke massenhaft Verwendung fand und viele Arten

an Kunststoffen durch die industrielle Produktion spottbillig geworden sind. Beispielsweise kann für

nahezu kein Geld jede Ware in Schichten von Verpackungsmaterial aus Kunststoffen

gewickelt werden. Diese günstige Verfügbarkeit der Plastik führt jedoch dazu, dass es keine

Marktanreize gibt, damit ressourcenschonend umzugehen. Die wahren Kosten des

25 Plastikverbrauchs - die enorme Umweltverschmutzung - werden eh nicht von den industriellen

Akteuren getragen

30 Plastikverschmutzung stellt neben der Emission von Treibhausgasen und der großflächigen Entwaldung den größten menschengemachten Eingriff in die Umwelt dar. Im Gegensatz zum Klimawandel als
35 Konsequenz der CO₂-Emission sieht die Menschheit sich aber nur mittelbar mit den Folgen der Plastikverschmutzung konfrontiert. Oft wird es auf einen
ästhetischen Makel reduziert - zwar wird bedauert, dass ein Waldstück oder ein Strandabschnitt
40 verdreckt ist, aber die Natur scheint sich dennoch damit zu arrangieren. So generiert die Klimafrage und Schutz von Wäldern, welche eng verzahnt miteinander sind, weit mehr Momentum, als es die
Plastikfrage noch tut. So stieg der Plastikmüll die letzten Jahre weiterhin - in Deutschland zuletzt auf
45 227 Kilo pro Kopf und Jahr.

Es wird geschätzt, dass 2010 1,5% bis 4,5% der weltweiten Produktion an Plastik - und damit 4

50

bis 12 Millionen Tonnen - im Meer gelandet sind. Des Weiteren wird erwartet, dass diese

55

jährliche Menge noch bis auf das Doppelte ansteigen

wird. Dabei sind 99% des jemals in die

60

Meere entsorgten Plastikmulls nicht mehr aufzufinden. Einiges davon ist im arktischen Eis

65

gefangen und dürfte dank Klimaerwärmung ein baldiges Comeback haben. Der größte Anteil

70 davon ist vermutlich aber entweder von Fischen und anderen Meereslebewesen gefressen

worden oder wurde unter Sonneneinstrahlung und Wellengang zu kleineren Stücken, sog.

75

Mikroplastik zerrieben. Trotz der unmittelbaren Bedeutung für maritime Ökosysteme und damit

80

auch die Ernährung der Menschheit sind dessen Auswirkungen nur unzureichend erforscht. Die

lückenhaften Ergebnisse bisher geben dennoch
85 Grund zu Besorgnis. So wird Plastikverschmutzung

u.a. mit der Erkrankung von Korallen, Unfruchtbarkeit und dem Tod von Millionen Tieren jedes Jahr in Verbindung gebracht. Außerdem gibt es auch direkte Folgen auf die Gesundheit von Menschen.

90 Manche Weichmacher in Plastikprodukten können bei Kindern Molaren-Inzisiven-Hypomineralisation

(MIH), sogenannte Kreidezahne, hervorrufen.

Für viele der weithin verwendeten Kunststoffarten gibt es Alternativen. Durch weitere Arbeit von
 95 Forscher:innen und Umweltschützer:innen wächst der Pool an Ersatzprodukten, wie etwa Zuckerrohr, Pilze, Milchproteine, Maisstärke, Algen, Hanf und Schalentieren. Für beispielsweise Sportkleidung
 100 oder Laufschuhe wird mit künstlicher Spinnenseide experimentiert. Da die Ersatzstoffe aber stets teurer sind, scheitern sie an den bestehenden Marktmechanismen. Außerdem suchen Forscher:innen in Hafenteichen und neben Mülldeponie nach Bakterien
 105 und Enzyme zu dem Zersetzen von Plastik. Es besteht somit auch Aussicht auf Technologie zur Beseitigung der bereits geleisteten Umweltschaden. Aber es liegt nicht in der Natur der Marktwirtschaft, dass dies von den Verursacher:innen freiwillig finanziert wird. Da
 110 der Markt hier klar versagt, braucht es staatliche Akteure.

Die weltweite Plastikverschmutzung bedarf einer internationalen Lösung. Bessere nationale und
 115 supranationale Standards, wie etwa auf EU-Ebene, sind demgegenüber erforderlich. Bisher ist die

Regulierung von Plastik nur mäßig etabliert. Regulierung erfolgt zwar aus dem
 120

Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRU), dem Internationalen Übereinkommen

125

zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch
Schiffe (MARPOL) und der Londoner

130

Konvention, allerdings gibt es kein Übereinkommen,
welches einzig das Problem der

135

Plastikverschmutzung adressiert und regelt.

Die EU zeigte sich in den letzten Jahren sehr aktiv
140 und präsentiert erste Ansätze zur Plastikeindam-
mung. Es benötigt ein Vorgehen, das dem Beispiel
des Montreal-Protokolls 1989 zum Verbot und der
erfolgreichen Einschränkung von Fluorchlorkohlen-
wasserstoffen (FCKW) führte. Die sozialistische und
145 sozialdemokratische Parteienfamilie und die Europai-
sche Union sollten dies vorantreiben.

Bestimme Plastikarten als Giftmüll klassifizieren

150 Wir fordern die Klassifizierung von Plastik, welche
entweder sich als schädlich erweisen

155 und/oder schlechte Recycling-Quoten aufweisen als
Gefahrenstoffe. Damit geht man über die

Materialien hinaus, welche z.B. durch Weichmacher
direkt giftige Auswirkungen zeigen und

160

bezieht die Gefahr für die Umwelt durch Verschmutzung mit ein.

Insbesondere betrifft das die vier Plastikarten PVC,
165 Polystyrene, Polyurethane und

Polycarbonate, die zusammen genommen bereits 30% der Produktion ausmachen. Diese

170 erweisen sich als besonders schwierig zu recyceln und enthalten potenziell giftige Bestandteile

Verbot nach Anwendungsbereich

175 Ergänzend zur Klassifizierung spezifischer Materialien als Giftmüll soll Plastik in den

Anwendungsbereichen mehr und mehr verboten werden, in denen es sich vor allem durch den

180

geringen Preis behauptet und Ersatzstoffe für vertretbare Mehrkosten verfügbar sind.

Bestehende Gesetzeslagen zum Verbot von Einweg-
185 plastik, wie bald gültig in der EU, werden

190 begrüßt. Ambitionierter, aber durchaus realistisch ist die Zielsetzung, in den 2020er Jahren

Verpackungsplastik so weit zurückzufahren, dass bis 2030 jegliche Verpackungen kunststofffrei sind. Auch

in anderen Bereichen, wie etwa Bau, Kleidung, etc.,
195 müssen Anwendungen von Kunststoffmaterialien
zunehmend unter Rechtfertigungsdruck kommen
und Verbote ausgeweitet werden. Ausgenommen
von alledem sind weiterhin hochspezialisierte An-
wendungen, z.B. im medizinischen Bereich und in der
200 Materialforschung

Recyclingsystem verbessern

Für alle Polymerstoffe, die für die großindustrielle
205 Verwendung weiterhin zugelassen werden,

wird eine entsprechend hohe Recyclingquote voraus-
gesetzt. Dazu bedarf es zunächst mal, dass

210 die Berechnung der Quote auf ein ehrliches Funda-
ment gestellt wird. In Deutschland kann man

die offiziellen Zahlen als bestenfalls "schongerechnet"
bezeichnen. So sprechen die offiziellen

215

Angaben von einer Recyclingquote von 80%, welches
aber lediglich die Menge beziffert, welche

Recyclinganlagen erreichen. Schätzungsweise mehr
220 als die Hälfte kann aber in der Anlage nicht

verarbeitet werden. Selbst wenn, dann kann der Stoff
nur selten erneut in die ursprüngliche

225 Anwendung zurück überführt werden. Durch bessere
Sortieranlagen und Förderbandsysteme

kann diese Quote tatsächlich erreicht werden, allerdings sollte der aktuelle Stand sich auch in
230 der Statistik widerspiegeln.

Zur Wahrung der Recyclingstandards gehört auch, dass Müll nicht durch Export aus der
235 Enthebung entfällt. Es ist leider gängige Praxis, dass Abfall, darunter auch Plastikmüll, in

Entwicklungslander exportiert wird, und dabei unter
240 großen sozialen und ökologischen Schaden

verwertet wird. Internationale Kooperationen in der Wertschöpfungskette von Plastikmüll darf
245 es nur geben, wenn die gleichen oder höhere Standards gewahrt werden. Durch

Modernisierung muss die Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen stetig besser werden.
250

Insbesondere braucht es auch gesicherte Ketten für Kunststoffe abseits des

Verpackungsplastiks. Bleibt die Recyclingquote einzelner Polymermaterialien zurück, so muss
255

eine Klassifizierung als Giftmüll wie zuvor vorgeschlagen in Erwägung gezogen werden. Um auch

260 Plastik zu erfassen, welches nicht in Verpackungen verwendet findet, zu erfassen und zu

recyclen sollen bundesweit Wertstofftonnen das
duale System ersetzen. Ein Bundesprogramm

265

soll den Kommunen bei der Verbesserung ihrer
Sortiersysteme helfen und neuartige, KI-

gestutzte Recycling-Anlagen ermöglichen

270

Verpflichtung der Industrie

Eine flexible Plastik-

275 Steuer soll das "duale System" in der Abfallwirt

schaft, wonach nach dem

280 Verpackungsgesetz jeder Produzent zur Rucknahme
des Verpackungsmulls verpflichtet ist,

ablosen und die gesamte Plastik produzierende
Industrie fur den Verbleib des Materials in die

285 Verantwortung nehmen. Wichtig ist dabei, diese nicht
als Verbraucher*innensteuer zu

gestalten, sondern bei den produzierenden Unter-
nehmen anzusetzen. Die Steuer soll fur jedes

290

Unternehmen anhand von Kriterien wie Menge, Art
und recycling-freundliches Design des

Plastiks berechnet werden. Ein "Plastik

295

-

TUV",

300 welcher die Steuerhöhe festlegt, setzt somit

Anreize dafür, Kunststoffe nachhaltig zu nutzen. Mit der Plastiksteuer wird die Wertstofftonne

305 anteilig finanziert, was mindestens dem Wert der aktuellen Zahlungen zum "Gelben Sack"

entspricht.

310 Des Weiteren schlagen wir die Grundung von Kunststoff-Fonds auf nationaler Ebene vor,

welcher sich ebenfalls aus der Plastiksteuer finanziert. Die Höhe des Fonds sollte mindestens

315

den geschätzten Schaden zur Plastikverschmutzung für die Allgemeinheit entsprechen. Dies soll von einer unabhängigen Stelle wissenschaftlich untersucht und geschätzt werden. Aus diesem Fond sollen Projekte

320 finanziert werden, die die ökologischen und sozialen Folgen der Plastikverschmutzung eindämmen. Etwa

soll dadurch die Forschung an der Zersetzung von Kunststoffverschmutzung in den Ozeanen durch Bakterien gefordert werden. Der Fond soll von einem

325 unabhängigen Gremium aus NGO-Vertreter*innen, Wissenschaftler*innen und Expert*innen bestehen.

Am Beispiel von Kunststoffen zeigt sich, dass der Markt allein nicht zu einem effizienten

330

Umgang mit Rohstoffen in der Lage ist. Durch zunehmende Regulierung basierend auf dem Rat

335 von Expert*innen und Wissenschaftler*innen wird es möglich sein, die Vorteile der

Polymermaterialien weiterhin dort einzusetzen, wo sie Innovationen ermöglichen, und jene

340 Anwendungen auszuschließen, die nur aufgrund eines Marktpreises, welcher die externen

Kosten in der Umwelt nicht beachtet, Sinn ergeben.